

„Regional angepasste Lösungen“

INTERVIEW Klaus Gellenbeck, Geschäftsführer des Abfallforschungsinstituts INFA, über Probleme bei der Einführung einer bundesweit einheitlichen Wertstofftonne

Professor Gellenbeck, der Gesetzgeber sieht für die geplante Wertstofftonne eine bundesweit einheitliche Regelung vor. Ist das sinnvoll?

Was man so hört, ist das aus Sicht des Gesetzgebers wünschenswert, weil vermutlich nur so eine bundesweit einheitliche Ausschreibung durchgeführt werden kann. Ob das auch aus Sicht der Ressourcenwirtschaft sowie der daran Beteiligten sinnvoll ist, steht auf einem anderen Blatt. Regionale Belange sowie regional erprobte und bewährte Systeme müssen Berücksichtigung finden, um die Akzeptanz der Bürger, die Vorstellungen der Entscheidungsträger vor Ort sowie ökologische und ökonomische Vorteile zu erreichen.

Wie meinen Sie das?

Aus Sicht der Abfall- und Ressourcenwirtschaft stehen weitere Fragen im Vordergrund, beispielsweise welche Wertstoffe gesammelt werden sollen oder welche Auswirkungen die Einführung der Wertstofftonne auf die Zusammensetzung der Restabfallmenge oder auf bestehende Behandlungsanlagen hat. Hier sind nur regional differenzierte und angepasste Lösungen, insbesondere im Bereich der Erfassung, zielführend.

Die bisherigen Sortieranlagen sind vor allem auf die Sortierung des Inhalts der Gelben Tonne/des Gelben Sacks ausgerichtet, also auf Leichtverpackungen (LVP). Müssten diese bei einer zusätzlichen Sammlung von stoffgleichen Nichtverpackungen nicht ohnehin ihre Sortiertechnik anpassen?

Ohne eine gewisse Anpassung der Sortiertechnik wird es kaum gehen. Dies liegt allein schon daran, dass künftig auch größere Stoffe, zumindest in den Stoffgruppen Kunststoffe und Metalle, erfasst werden. Die Anpassungen müssten natürlich umso größer sein, je mehr unterschiedliche Stoffgruppen erfasst werden. So können beispielsweise bestehende Sortieranlagen für LVP nicht ohne weiteres Elektrokleingeräte aussortieren.



Klaus Gellenbeck

Der 1963 in Greven geborene Abfall-experte ist Geschäftsführer des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management. Das INFA steht auf zwei Säulen: Es ist zum einen eine private Beratungsgesellschaft, zum anderen ein Forschungsinstitut der Fachhochschule Münster.

Aber diese will beispielsweise der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) nicht in der Wertstofftonne haben. Können Sie das nachvollziehen?

Da gibt es unterschiedliche Interessen, die auch alle wohl begründet sind. Wenn Elektrokleingeräte mit erfasst würden, müssten wir natürlich ganz andere Anlagenaggregate in der Sortierung hinzuschalten, denn Elektrokleingeräte sind oft klein und schwer, haben also ein ganz anderes spezifisches Gewicht als die restlichen Stoffe. Außerdem ließe sich kaum vermeiden, dass Kabel mit erfasst werden, die in verschiedenen Teilen der Sortieranlagen zu Störungen führen können, beispielsweise weil sich Kabel an irgendeiner Stelle um rotierende Teile wickeln und damit die ganze Anlage leicht blockieren könnten. Bisherige Untersuchungen meines Institutes zeigen zudem einen großen Anteil erheblich zerstörter und

mit anderen Stoffen verpresster Geräte, was die Verwertbarkeit nicht verbessert.

Lässt es sich denn überhaupt vermeiden, dass Elektrokleingeräte in die Wertstofftonne gelangen?

Nein. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass nunmehr alle Metalle und Kunststoffe in die Wertstofftonne dürfen, werden vermutlich sowieso zumindest einige Elektrogeräte erfasst. Beispielsweise bestehen viele Elektrospielzeuge eben aus Kunststoffen und Metallen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung sieht zudem eine Schadstoffentfrachtung des Restmülls als Vorteil.

Also die Elektrokleingeräte doch besser separat erfassen?

Wir führen bereits Versuche durch, Elektrokleingeräte in einem Sack in der Wertstofftonne mit zu erfassen. Die Frage, welches Vorgehen sinnvoll ist, ist noch nicht abschließend geklärt. Auch hier sind aus meiner Sicht regional angepasste Lösungen zielführend. In Gebieten mit bereits heute hohen Bringmengen, zum Beispiel zu Recyclinghöfen, sowie geringen Anteilen von Elektrogeräten im Restmüll sind andere Lösungen sinnvoller als beispielsweise in verdichteten Bebauungen mit entgegengesetzten Ausgangsbedingungen.

Könnte man dann nicht auch gleich andere trockene Wertstoffe wie Glas und Papier, Pappe und Karton (PPK) mit erfassen?

Glas gehört sicher nicht in die Wertstofftonne, und auch eine Mischerfassung mit Papier ist nicht zielführend, da wir weitgehend etablierte und gut funktionierende PPK-Erfassungssysteme haben. In der Praxis gibt es aber Beispiele für die Erfassung von PPK und LVP in einem Behälter, allerdings in einem alternierenden Abfuhrhythmus: So werden in derselben Tonne einmal PPK und beim nächsten Mal LVP gesammelt, zukünftig gegebenenfalls zusammen mit den stoffgleichen Nichtverpackungen. Dieses System hat sich in wenigen ländlich struktu-

„E-Schrott kann zu Störungen führen“

rierten Gebieten bewährt. Und warum sollte man in der Praxis bewährte Sammelsysteme wieder aufgeben? Allerdings halte ich eine deutliche Ausdehnung dieses Systems für unrealistisch.

Also besser keine bundesweit einheitliche Wertstofffassung?

Dies ist eine wichtige Frage, die es im Vorfeld zu klären gilt. Ich bin kein großer Freund von pauschalen, einheitlichen Sammelsystemen. Wie bereits erwähnt, macht es ökologisch wie ökonomisch wenig Sinn, alles nach dem gleichen Muster zu sammeln. Bei der Sortierung und Vermarktung der Stoffe sind natürlich größere Einheiten maßgeblich. Für die Erfassung sind die Bedingungen vor Ort viel zu unterschiedlich. Ein Beispiel: Einige Kommunen nutzen die mechanisch-biologische Behandlung. Hier werden bereits viele Stoffe aussortiert und der stofflichen Verwertung zugeführt. Ähnliches gilt für etablierte Bringsysteme.

Einigkeit scheint aber weitgehend darin zu bestehen, dass eine Tonne eingeführt wird. Werden die Gelben Säcke damit aus der Abfallwirtschaft verschwinden?

Auch wenn man einiges über die Sackstärke ausgleichen kann, so gilt doch grundsätzlich, dass man schwerere Gegenstände, wie beispielsweise eine Pfanne oder Werkzeug, leichter in einer Tonne erfassen kann. Diese Säcke sind zudem wesentlich teurer. Allerdings haben wir festgestellt, dass in einem geschlossenen Behälter wesentlich höhere Fehlwürfe zu verzeichnen sind als in Säcken. Kunststoffsäcke sind transparent, sodass Fehlwürfe auch ohne Öffnen für jedermann leichter zu erkennen sind.

Wird das Thema „Fehlwürfe“ nicht ohnehin an Bedeutung gewinnen?

Ja, das Thema der Fehlwürfe wird erheblich an Bedeutung gewinnen. Das ist sicher unumstritten, vor allem dann, wenn wir eine wesentlich höhere Anzahl an Behältergebieten haben als an Sackgebieten. Und das ist zu erwarten.

Wer kommt für die Kosten der Fehlwürfe auf?

Auch das ist eine berechtigte und wichtige Frage. Und es ist damit zu rechnen, dass die Beteiligten hierüber heftig diskutieren werden. Bisher ist es ja so, dass die Fehlwürfe den dualen Systembetreibern zugerechnet werden. Künftig werden sich die dualen Systembetreiber und die Kommunen darüber einigen müssen, wer welchen Anteil an den Kosten trägt. Ein erster Ansatz könnte sein, dass die

Kosten so aufgeteilt werden wie die Anteile der Verpackungen beziehungsweise Nichtverpackungen.

Das klingt nach einer äußerst problematischen Schnittstelle zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgern und dualen Systembetreibern. Wird es hier zu noch größeren Streitereien kommen als bei der gemeinsamen Altpapierfassung?

Das Thema wird eine große Herausforderung, denn im Gegensatz zur PPK-Erfassung ist die gemeinsame Erfassung von LVP und stoffgleichen

Nichtverpackungen wirtschaftlich noch nicht attraktiv genug. Außerdem dürfte der Inhalt der Wertstofftonne nicht so homogen sein wie der Inhalt der Altpapiertonne.

Deshalb rechne ich zunächst damit, dass die Schnittstelle hier noch mehr Probleme mit sich bringen könnte.

Wovon hängt es denn ab, ob sich eine Wertstofftonne für eine Kommune lohnt?

Diese Frage stellt sich für die Kommunen differenziert, denn sie sind ab 2015 dazu verpflichtet, die in den privaten Haushalten anfallenden Kunststoffe und Metalle getrennt zu erfassen. Dort, wo die zusätzliche Sammelverpflichtung bereits weitgehend durch bestehende Sammelsysteme erfüllt wird, würden sich die mit der Einführung der Wertstofftonne verbundenen Änderungen wahrscheinlich nicht lohnen, die Entsorgungskosten der Kommunen sogar in die Höhe treiben. Wesentlicher ist aber, dass die Kommunen ihrer Verpflichtung zur Entsorgungssicherheit nachgekommen sind und Behandlungskapazitäten vorhalten, die mit einem hohen Fixkostenanteil belegt sind. Je höher nunmehr die Verlagerung aus dem Restmüll heraus geschieht, und dies nicht nur in Bezug auf stoffgleiche Nichtverpackungen, desto höher wird der Gebührenausschlag sein, der nur durch erhöhte Gebühren ausgeglichen werden kann.

Was halten Sie von dem Experiment im Neckar-Odenwald-Kreis? Dort gibt es neben einer trockenen Wertstofftonne lediglich noch eine Altpapier- und eine Bioenergietonne.

Das sind noch laufende Verfahren, deren Ergebnisse man abwarten muss. Deshalb will ich mich hierzu nicht äußern. Aber es ist natürlich zu klären, ob und inwieweit man auch solche Sammelsysteme – wenn sie funktionieren – mit der geplanten Wertstofftonne kombinieren kann. □

Herr Gellenbeck, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Walter Henkes

„Nicht alles nach einem Muster sammeln“